

Landesobmann der PVA OÖ verweigert außerordentliche Ausschusssitzung

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen befürchten massive Verschlechterungen in der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) und fordern in einem offenen Brief ein überfraktionelles Auftreten gegen den Raubbau am Sozialsystem.

Weder für die mehr als 900.000 Versicherten in Oberösterreich noch für die Beschäftigten in der PVA ist derzeit das gesamte Ausmaß der geplanten Veränderungen absehbar. Das führt zu großer Verunsicherung der MitarbeiterInnen. „Seitens der sozialdemokratischen FunktionärInnen in der oberösterreichischen Landesstelle der PVA gab es deshalb den Wunsch nach einer außerordentlichen Landesstellen-Ausschusssitzung, um über die Auswirkungen beraten zu können und eine gemeinsame Petition zum Erhalt der Selbstverwaltung zu beschließen“, erklärt der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen (FSG), Andreas Stangl. Der Obmann der Landesstelle, Dr. Bernhard Atzmüller, allerdings sieht dafür leider keine Möglichkeit und will das Thema offensichtlich bis zur nächsten regulären Ausschusssitzung am 11. Dezember hinauszögern.

„Ich bin entsetzt, wie hier ein Angestellter der Wirtschaftskammer seine Macht missbraucht. Offenbar ist ihm jedes Mittel recht, die ArbeitnehmerInnen um ihre Mitwirkung in der Selbstverwaltung zu bringen“, kritisiert Stangl.

„Bei den anderen Sozialversicherungsträgern, wie beispielsweise AUVA und GKK, war eine außerordentliche Sitzung möglich, nur in der PVA blockiert diese ein Vasall der Wirtschaftskammer“, so Stangl weiter.

Deswegen haben sich alle sozialdemokratischen Mitglieder in der Selbstverwaltung der PVA OÖ in einem Offenen Brief an PVA-Generaldirektor Dr. Winfried Pinggera gewandt und ihn aufgefordert, gemeinsam über alle fraktionellen Schranken hinweg

auf Atzmüller einzuwirken, und gemeinsam mit ihm gegen diesen Raubbau am Sozialsystem aufzutreten.

Die FSG erinnert daran, dass sowohl Pinggera als auch Atzmüller einen Eid geleitet haben „Dienstobliegenheiten gewissenhaft, unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen“, sowie „jederzeit auf die Wahrung der öffentlichen Interessen bedacht zu sein“.

„Anscheinend haben beide ihren Eid falsch verstanden“, kritisiert Stangl und unterstreicht die Forderungen aus dem Offenen Brief, indem er Landesobmann und Generaldirektor auffordert, hinter der PVA zu stehen und sich gemeinsam im Sinne der Versicherten für den vollumfänglichen Fortbestand der Selbstverwaltung einzusetzen.

Rückfragen:

Stefan Fröhlich

ÖGB Oberösterreich

Kommunikation

Mobil.: 0664/6145123

mailto: stefan.froehlich@oegb.at